



Politik

Kirche und Partei: Des Themas Aktualität — Die Partei liberalistisch gesehen — Die Partei als «natürliches Recht» — Ihre Teilfunktion — Der ideale (reine) Parteienstaat — Weltanschauung und Politik — Die Päpste — Die Frage der Weltanschauungsparteien — Jede Partei eine Weltanschauungspartei? — Das rein Politische — Weltanschauung auf der Vorder- oder auf der Rückseite — Praktische Folgerungen.

Moral

Politische Ethik: Vom notwendigen objektiven Maßstab — Prof. Fr. W. Foersters Buch in neuer Auflage — Foersters Werdegang — Dr. Franz Poegge-

lers systematische Darstellung der Pädagogik Foersters — Der politischen Ethik religiöse Fundierung — Ihre Plastik — Ihre prophetische Kraft — Der Drang zur Einheit in der Darstellung als Erfordernis des heutigen Journalisten.

Russland

Was will der Kreml eigentlich vom Vatikan?: Die heutige Stärke der russisch-orthodoxen Kirche — nach innen und aussen — Ihre vermutlichen Reaktionen auf Verhandlungen Kreml-Vatikan — Warum sich der Kreml wandelte — Des Vatikans Stellung zur Koexistenz — und zur Atomrüstung — Anzeichen dieser Wendung des Kremles — Aussichten.

Ex urbe et orbe

Die Bischöfe der Vereinigten Staaten und das Problem der Zensur: Die Pressefreiheit, Schutz der bürgerlichen Freiheit — Freiheit ist nicht Zügellosigkeit — Das Prinzip der «möglichst geringen Einschränkung» — Die oberste Norm der Sittlichkeit.

Israel

Akute christliche Fragen zum Zehnjahrestag: Der «gläubige» und der laizistische Staat Israel — Die Ehegesetzgebung — Die daraus resultierende schwierige Lage der Christen — Der Wille zur Toleranz bei der Regierung.

Bücher

Sozial-Archiv.

Kirche und Partei

Von der Aktualisierung des Themas, die sich vor allem aus Wandlungen in der Sozialdemokratischen Partei verschiedener Länder ergibt, haben wir in Nr. 5 der «Orientierung» berichtet. Dort auch sahen wir, wie sich durch den Vortrag Prof. Gundlachs bei den Münchener Gesprächen die Frage auf die liberalen Grundlagen des Sozialismus zuspitzte, welche neben der Bereinigung des marxistisch-materialistischen Denkens auch noch einer Klärung bedürften, damit ein Katholik oder besser die Kirche den Demokratischen Sozialismus als eine grundsätzlich unbedenkliche Partei ansehen könnte. In demselben Bericht haben wir auch bereits darauf hingewiesen, daß dieselbe Frage gegenüber der liberalen Partei (beispielsweise in der Schweiz) zu stellen wäre.

Dies alles legt eine grundsätzliche Erwägung über Kirche und Partei nahe, die im Folgenden versucht werden soll.

Zunächst ein Wort über das Wesen und die Natur der politischen Parteien in der modernen Massendemokratie.

Man kann die Parteien auf eine zweifache Weise verstehen. Entweder sieht man sie als die Komponenten des Gemeinwohles an. Dieses wird dann nicht von der Natur der Sache her bestimmt, sondern als Resultat der Machtverhältnisse, als «Folge der sich in den politischen Parteien sammelnden Gruppeninteressen» angesehen. Ein übersteigertes Vertrauen in die gute Menschennatur und eine Unterbewertung der Gemeinschaft, die zur bloßen Summe der Einzelnen wird, liegt dieser Auffassung zu Grunde. Der Staat wird so zu einem Apparat in der Hand der Parteien mit dem Ziel, deren Gruppeninteressen zu sichern. Genau wie in der Wirtschaft das freie Spiel der Kräfte unfehlbar eine ausbalancierte Wirtschaftsordnung

herbeiführen soll, so glaubt man auch im Bereich des Politischen an diesen automatischen Regulator des freien politischen Wettbewerbs. Wohin diese extrem liberalistische Auffassung führt, das haben die sich nur zu leicht daraus ergebenden totalitären Einparteienstaaten in jüngster Vergangenheit und in der Gegenwart gezeigt. Man hat von daher manchmal Zweifel an der Berechtigung und Sinngemäßheit der Parteien überhaupt geäußert.

Zu Unrecht, denn ihre Funktion kann auch ganz anders gesehen werden: Ein Volk, dessen Bevölkerung «mündig» geworden ist, das heißt, in dessen großer Mehrheit der Wille erwacht ist, ihre Stellung und Aufgabe im Staat verantwortlich wahrzunehmen, wird sich je nach den vorhandenen, seien es subjektive Neigungen, seien es objektive Interessen in Gruppen zusammenfinden, die auf die Leitung des Staates, auf die Bildung der Staatsorgane und ihre Ausrichtung Einfluß zu gewinnen suchen. Diese Gruppen sind eben die Parteien. Sie gehören soziologisch nicht zum Staat, sondern zur Gesellschaft, die sich durch sie zur Gestaltung ihrer staatlichen Gemeinschaft organisiert. Eine andere Form der verantwortlichen Mitbeteiligung hat man jedenfalls bis heute nicht gefunden.

In einer sogenannten Massendemokratie wird darum die Parteibildung von den Soziologen als ein «natürliches Recht» bezeichnet. Jedoch sind dazu einige einschränkende Bemerkungen zu machen:

I

Wie das Wort Partei schon sagt, handelt es sich wesentlich um Teile (partes!). Kein Teil ist das Ganze und kein Teil soll sich als das Ganze betrachten. Jeder Teil muß vielmehr sich seiner Teilfunktion bewußt sein und nicht über diese hinausstreben. Er muß nicht nur das Recht anderer anerkennen, er

muß sogar mit Rücksicht auf das Ganze diese anderen Interessen von sich aus mitberücksichtigen, wünschen! Denn das Ganze muß der Partei höher stehen als sie selbst. Bei allem Verlangen einer «Partei», möglichst viele Parteigänger zu besitzen, müßte sie trotzdem einen wahren Schrecken davor haben, die alleinige Partei zu werden, denn das würde ihrer Selbstleugnung gleichkommen: sie wäre keine Partei (kein Teil) mehr, sondern das Ganze.

Dies gilt überall dort, wo eine Partei ein echtes, objektives Teilinteresse vertritt, zum Beispiel eine Bauernpartei, eine Klassenpartei. Ebenso vielleicht bei objektiv in der Menschennatur begründeten Grundstrukturen: eine mehr fortschrittlich ausgerichtete und eine mehr die Werte der Tradition pflegende Partei.

2

Weil das Gemeinwohl, welches das Ziel jeden Staates ausmacht, nicht nur vom subjektiven Gutdünken der Einzelnen, sondern von objektiven Werten bestimmt wird, spielt die sogenannte Weltanschauung bei den Parteien eine notwendige Rolle. Ein Wertesystem über den Menschen, den Sinn seines Lebens als Einzelner und in Gemeinschaft, liegt notwendig jeder Partei zugrunde.

Da dieses ein objektives Wertesystem ist, so wäre es wünschenswert, daß alle Parteien dasselbe vertreten würden, nämlich das einzig «wahre» oder der Wirklichkeit entsprechende. Dies würde keineswegs Parteien überflüssig machen, denn auch bei einheitlicher Weltanschauung eines ganzen Staatswesens bleiben die Interessenverschiedenheiten; darüber hinaus Zweckmäßigsfragen, Ermessensfragen, die – weil niemand die tatsächlichen Gegebenheiten lückenlos kennen und noch weniger die Reaktion freier Menschen eindeutig vorhersehen kann – über eine wahrscheinliche Vermutung nicht hinauskommen. Ja man kann sagen, daß eben hier das eigentliche «politische» Gebiet liegt. Dessen Aufgabe ist es keineswegs, weltanschauliche Fragen zu entscheiden. Ein Parlament ist kein Kirchenkonzil. Sehr richtig bemerkt Eberhard Welty O.P. in «Herders Sozialkatechismus»: «Weltanschauungsfragen gehören an sich nicht zum Aufgabengebiet der politischen Parteien, für sie sind vielmehr zuständig das persönliche Gewissen des Einzelnen, die Weltanschauungsgemeinschaften (darunter vorab die Kirche) und das Volk, das in Glaube und Sitte lebt».

Diese Unterscheidung scheint uns von großer Bedeutung, um viele Aussprüche der Päpste (zumal gegenüber dem Faschismus) richtig zu verstehen. Immer wird dort betont, die Kirche mische sich nicht in politische Fragen. Zugleich aber erhebt die nämliche Kirche mit Nachdruck ihre Stimme bei «politischen» Entscheidungen, wie z.B. bei der Schulgesetzgebung, bei Sozialisierungsfragen. Die Kirche würde antworten, daß sie im ersten Fall von «Politik» in ihrem reinen Sinn redet, der voraussetzt, daß alle das gemeinsame von Gott in seiner Schöpfung gegebene und durch seine Kirche behütete Wertesystem bewußt oder unbewußt achten. Es handelt sich also um Politik im eigentlichen Sinn. Im zweiten Fall hingegen werden Grundanschauungen objektiver Natur, eben das objektive Wertesystem, in Frage gestellt, also eigentlich ein Vorfeld der Politik!

3

Damit kommen wir zu der weiteren Frage der sogenannten Weltanschauungsparteien, von denen die konfessionellen Parteien ein Teilgebiet darstellen. Aus dem Gesagten ergeben sich zunächst zwei Folgerungen, die meist nicht deutlich auseinandergelassen werden. Die erste haben wir schon genannt: Jede Partei muß ein Leitbild des Gemeinwohles besitzen und insofern ist sie notwendig eine Weltanschauungspartei. Die zweite aber lautet: Eine Weltanschauung allein macht eine Partei noch nicht zu einer Partei. Sie genügt nicht. Sie ist viel zu wenig determiniert, weshalb mit Recht schon darauf hingewiesen wurde, daß Weltanschauungsparteien, in dem Sinn, daß die

Weltanschauung der Grund ihres Zusammenschlusses als «Teil» ist, notwendig Anleihen machen müssen im eigentlich «politischen» Bereich (beim konservativen oder fortschrittlichen, föderativen oder zentralistischen usw.). Weltanschauungsparteien in dem Sinn, daß die Weltanschauung den Grund ihrer Unterscheidung bildet, sind darum kein Ideal; sie können trotzdem notwendig sein, jedoch ist das sodann ein Notbehelf, der große Schwierigkeiten in sich birgt.

In einer solchen Partei werden nämlich Menschen zusammengefaßt, die im eben umschriebenen «eigentlich» politischen Raum genau entgegengesetzte Richtungen vertreten, die also im Staat, «wie er sein soll», in verschiedene Parteien gehören. So bildet die Weltanschauungspartei eine Art Fiktion, sie macht einen Staat im Staat, und wenn zum Beispiel die Mitglieder einer Weltanschauung rein politisch gesehen einer Interessengemeinschaft in überwiegender Mehrheit angehören, und nur wenige einer anderen, die politisch gesehen ebenso wichtig wäre, so fällt das ganze Gewicht dieser Weltanschauung auf die Vertretung eines politisch einseitigen Interesses, sehr zum Schaden dieser Weltanschauung, die dann nämlich fast zwangsläufig als Vertreterin dieses rein politischen Interesses angesehen wird, obwohl sie es nicht ist. Man denke zum Beispiel an eine katholische Partei. Wenn in einem Land fast alle oder die Mehrheit der Katholiken der Arbeiterschaft angehören sollten, so ergäbe sich zwangsläufig, daß die katholische Kirche und die Interessen der Arbeiterschaft in der politischen Ordnung praktisch identifiziert würden! Tatsächlich geschah es in nicht wenigen Ländern umgekehrt! Sowohl Frankreich wie Deutschland leiden noch heute an den Folgen einer Mißachtung dieser anscheinend «rein doktrinären» Unterscheidung. Italiens Democrazia Cristiana leidet gerade jetzt unter dieser Zerreißprobe der Weltanschauungspartei. Zweifellos gehört die Mehrzahl ihrer Mitglieder der Arbeiterschaft an, die kleinere Gruppe von Unternehmern hingegen besitzt die Finanzen, die einer Partei unerläßlich notwendig sind. Eine Trennung in zwei christliche Parteien kann wegen des drohenden Kommunismus nicht vollzogen werden. Die Folge ist, daß die Partei überhaupt kein Gesicht hat, daß gerade ihre politische Linie eine schwankende ist, die sich aus dem ständigen Tauziehen zwischen Links und Rechts ergibt. Das aber schwächt wiederum ihre Stellung gegenüber andern Parteien. Auch in der Schweiz hat bekanntlich die Konservative Partei wegen der katholischen Arbeiterschaft ihr politisch eindeutig bestimmtes Gesicht so sehr verloren, daß sie schließlich auch den Namen fallen ließ.

4

Die gleiche Unterscheidung kann man auch umgekehrt ansehen, worauf P. von Nell-Breuning bereits 1946 aufmerksam machte in einem Vortrag «Zur Programmatik der politischen Parteien».¹ Ausgangspunkt ist nun die «rein politische» Partei, also eine Partei, die in erster Linie eine echte Partei ist, mit einem politischen Gepräge im engeren Sinn dieses Wortes, und – weil, wie gesagt, eine weltanschauliche Grundlage jeder Partei wesentlich ist – trotzdem (ausgesprochen oder nicht) tatsächlich auf dem Boden einer Weltanschauung steht. Eine solche Partei vermeidet die bereits genannten Schwierigkeiten und doch werden sich in ihr tatsächlich nur Anhänger einer bestimmten Weltanschauung zusammenfinden, «sofern sie folgerichtig denken und handeln wollen». Der Nachteil entsteht jetzt an einem andern Punkt. Nicht alle Mitglieder dieser Weltanschauung werden der besagten Partei beitreten und somit wird in den Grundsatzfragen des eigentlich vopolitischen Raumes, die tatsächlich aber die Politik von heute in den meisten Staaten Europas weitgehend beherrschen, die Weltanschauung nicht in dem ihr möglichen Maß zum Ausdruck kom-

¹ Der Vortrag erschien zuerst in der Schriftensammlung «Zeit- und Streitfragen», Heft 1, Köln 1946. Später im zweiten Band von «Wirtschaft und Gesellschaft heute», Zeitfragen von Oswald von Nell-Breuning, Herder 1957, S. 253 ff.

men. Von Nell nennt diese Art Parteien «rein politische Parteien mit weltanschaulichem Gepräge auf der Rückseite», während die unter Absatz 3 geschilderten Parteien «dieses Gepräge auf der Vorderseite tragen». Obwohl die weltanschaulich grundsätzlichen Fragen für den Katholiken ungleich wichtiger sind, ist es in concreto nicht von vorneherein auszumachen, welcher der beiden Typen vorzuziehen ist.

Was ergibt sich aus dem Gesagten?

Ob es für die Katholiken vorzuziehen ist, Parteien mit katholischer Weltanschauung zu bilden oder nicht, ob, wenn dies prinzipiell bejaht werden sollte, diese Partei ihre Weltanschauung auf der Vorder- oder auf der Rückseite tragen soll, das sind keine grundsätzlichen, sondern praktische Fragen politischer Art; es gilt das kleinere Übel zu wählen.

Ein weltanschaulich gespaltenen Staat ist in den Augen der Katholiken auf jeden Fall ein Übelstand. Ob dieses Übel am besten dadurch verringert wird, daß die Katholiken die rein politischen Fragen mehr oder weniger zurückstellen und geschlossen einen möglichst großen Bestand von Weltanschauungsfragen zu wahren suchen? In einem Staat, dessen Parteien fast sämtliche oder gar alle ausgesprochen antichristliche Weltanschauungen vertreten, dürfte dies nicht nur ratsam, sondern sogar geboten sein. Je weniger jedoch eine ausgesprochene Feindstellung gegen die katholische Weltanschauung in andern Parteien festzustellen ist, desto weniger wird auch eine ausgesprochen katholische Partei notwendig sein. Tatsächlich ist es ja so, daß heute nicht wenige Parteien einen solchen Wandel durchzumachen scheinen. Die scharfe Frontstellung gegen den Katholizismus haben sie aufgegeben, sie sind rein politische Parteien geworden. Tatsächlich (vielleicht nicht ausgesprochen und im Parteiprogramm nicht formuliert) werden sie hintergründig trotzdem von Prinzipien weltanschaulicher Art getragen, die teilweise mehr oder weniger der katholischen Weltanschauung widersprechen. Sache der Kirche wird es sein, darauf aufmerksam zu machen. Nicht unbedenklich kann ein Katholik einer solchen Partei beitreten. Sein Gewissen in Grundsatzfragen weltanschaulicher Art zu bilden ist nämlich die Aufgabe der Kirche. In München ist dies gegenüber dem Sozialismus von kirchlichen Vertretern (nicht amtlich, aber privat) getan worden. Es könnte in gleicher Weise gegenüber der Liberalen Partei in der Schweiz geschehen. Diese scheint uns heute ziemlich deutlich eine «rein politische» Partei und nicht eine Weltanschauungspartei. Trotzdem trägt sie das weltanschauliche Gepräge «auf der Rückseite», und dieses ist mit der katholischen Weltanschauung nicht durchwegs zu vereinbaren.

Trotzdem bedeutet eine solche Kennzeichnung von kirchlicher (öffentlicher oder privater) Seite nicht ein Verbot, einer solchen Partei beizutreten. Es können nämlich durchaus christliche Motive sein, die einen solchen Beitritt trotzdem rechtfertigen. Wenn es zum Beispiel gilt, einer ausgesprochen christ-

stentumfeindlichen Partei die Mehrheit streitig zu machen, eine katholische Partei dies aber nicht vermag, weder allein noch in irgend einem Wahlbündnis, dann kann es durchaus das geringere Übel bedeuten, einer gegen die Kirche im wesentlichen toleranteren, wenn auch nicht auf dem Boden ihrer Weltanschauung stehenden Partei die Stimme zu geben, zumal, wenn konkret im Augenblick Fragen zu lösen sind, die tatsächlich einen weltanschaulichen Hintergrund haben (z.B. weitgehende Verstaatlichungen) und die von der in Frage stehenden Partei in einem der katholischen Auffassung entsprechenderen Sinn (wenn auch aus vielleicht anderer Motivierung) vertreten werden. Das Beispiel visiert keinen konkreten Fall des heutigen politischen Lebens. Es zeigt nur die Möglichkeit solcher Entscheidungen.

Man kann darum einen Katholiken z.B. in Deutschland nicht als minderen Katholiken ansehen, weil er in der Sozialdemokratischen Partei ist. Man kann sein Verhalten politisch unklug finden, man kann der Ansicht sein, er schade praktisch der Sache der Kirche. Aber man kann ihm nicht den Vorwurf machen: weil diese Partei nicht auf dem Boden der katholischen Weltanschauung steht, darum steht eindeutig fest, daß jeder Katholik, der für sie stimmt, sich verfehlt. Der Vorwurf ist nicht berechtigt, und zwar nicht nur deshalb, weil die Kirche diesen Beitritt nicht verboten hat, sondern deshalb, weil es tatsächlich Gründe geben kann, die einen Beitritt als geringeres Übel rechtfertigen. Ob solche Gründe vorliegen, ist von Fall zu Fall, von Situation zu Situation, von Mensch zu Mensch zu entscheiden. Man wird der Kirche das Recht nicht absprechen können, auch in solcher Situation, wenn sie eindeutig ist, ihren Gläubigen einen Befehl zu erteilen. Meist wird sie sich jedoch eines solchen Befehls enthalten, oft sogar einer Empfehlung, und sich damit begnügen, die Grundsätze darzulegen, deren Anwendung in der politischen Situation sie dem Gläubigen und seinem politischen, verantwortungsvollen Abschätzungsvermögen überläßt. Niemand wird ihr deshalb Feigheit oder Grundsatzlosigkeit vorwerfen können. Nochmals: Es geht in solchen Entscheidungen darum, das kleinere Übel zu finden. «Das kleinere Übel aber», sagt P. von Nell sehr richtig, «wird nur gefunden durch Ermittlung des Tatsächlichen und durch Erwägungen über Zweckmäßigkeit, Erfolgsaussichten usw., also ausgesprochen politische Erwägungen».

Es ist nur natürlich, daß je nachdem bei einem diese politischen Erwägungen ausfallen, er nachträglich versuchen wird, sie als mehr darzustellen, als grundsätzliche oder gar als theologisch-dogmatische! So wird er geneigt sein, einen andern, bei dem diese politischen Erwägungen zu einem anderen Resultat geführt haben, zu verketzern. Wenn unsere Erwägungen den Erfolg haben sollten, den Grad dieser Verketzerungen zu mindern – unbeschadet einer im Grundsätzlichen und Theologischen unbedingten Festigkeit und Klarheit –, dann hätten sie mehr erreicht, als wir zu hoffen wagen. M.G.

Politische Ethik

«Die Ethik, die man auch praktische Philosophie nennt, beurteilt das menschliche Tun als gut oder böse und prüft, was wertvoll und was wertlos ist.»

So steht es in einem Lexikon. Also, dann waren Hitler und Stalin auch Ethiker? Denn darüber ist doch kein Zweifel: was für den Kommunismus, den Nationalsozialismus, den Kapitalismus, den Kolonialismus usw. gut ist, ist für deren Gegner böse und – vice versa.

Hier beginnt die Tragik unseres Zeitalters. Der Wertmesser für das Gute und Böse verschwindet immer mehr im Dunst aller möglichen und unmöglichen Ideologien. Im besten Falle stützen sie sich auf das rein Menschliche, auf den Menschen und seine Rechte, wobei übersehen wird, daß der Mensch selbst gut und böse zu gleicher Zeit ist. Nur eines zeigt in dumpfen

Tönen und in stillen, immer seltener werdenden Stunden dem Menschen an, wann er fehlte: das Gewissen. Wie lange aber braucht es, daß der Mensch auch gewissenlos wird?

Und doch: der atheistischste Wissenschaftler, ja jeder in seinem Tun schöpferische Mensch bedarf in seiner Arbeit eines festen Wertmessers. Ohne ihn stürzt das Haus des Architekten, die Brücke des Ingenieurs zusammen, ohne ihn gibt es keinen sicher arbeitenden Motor, keine auf das Milligramm hergestellte Medizin. Jede einzelne dieser und anderer Arbeiten ist einem feststehenden Wertmesser unterworfen.

Aber im moralischen Bereich, auf dem alle hingebungsvolle, ordnende und im tiefsten Sinne schöpferische Arbeit des Menschen letzten Endes beruht, wo ist da der Wertmesser all unseres Wollens und Tuns? Daß er über diesem Wollen und Tun liegen muß, dürfte angesichts der Gegensätze, der Wünsche, der Leidenschaften jedes Einzelnen von uns wohl selbstver-

ständig sein, da sonst ein Zusammenleben, ein Zusammenordnen, ein Zusammenarbeiten der Menschen und der Dinge unmöglich würde. Was nützen alle noch so schönen moralischen Grundsätze, wenn jeder Einzelne sie nach seinem Belieben aufstellt, ohne daß er sie nach ihrem Wert an einem ehernen Messer prüfen und sie diesem anpassen kann? Was nützt es, wenn ich meine Kinder ohne eine feste moralische Zielsetzung erziehe, die auch dann ihren Wert behält, wenn plötzlich die ihnen gewohnte Welt zusammenstürzt und es eine neue zu schaffen gilt? Leben wir nicht heute in einer solchen Weltumwälzung? Wie wollen wir in dieser neuen Welt eine neue Ordnung, eine neue Zusammenarbeit, kurz den Frieden ohne einen Wertmesser schaffen, der intakt blieb und ewig bleiben wird?

Solche und ähnliche Fragen stellten und stellen sich allen ernstesten, nachdenklichen, geistigen Personen. Je größer, je unentwirrbarer die Probleme in dieser unserer zerrissenen Welt wurden, desto mehr suchten sie «über sich» nach einer Lösung. Und es ist kein Zufall, daß gerade die Künstler, die Schriftsteller und Philosophen, die sich vor allem mit dem Menschen befaßten, die nach der Wahrheit suchten, sich dessen erinnerten, der allein sagen konnte: «Ich bin das Licht; Ich bin die Wahrheit.» Von Ihm aus gesehen lösten sich alle Probleme; von Ihm aus gesehen hörte die Verkrampfung des eigenen «Ich» auf; Er erwärmte die reine Vernunft des Menschen durch die Liebe, wodurch der Glaube an eine Welt, die nicht von dieser Welt ist, geboren und zum leuchtenden Fanal wurde. Der Wertmesser jeder Art von Moral, jeder Art von Ethik lag hier: in Ihm, in Seiner Religion, in Seiner Kirche.

*

Auf dieser Erkenntnis beruht die neue, völlig umgearbeitete Auflage der «Politischen Ethik» von Friedrich Wilhelm Foerster (Paulus-Verlag, Recklinghausen).

Er, der aus dem Haus der exakten Wissenschaft kam (sein Vater war der berühmte Astronom, Professor Wilhelm Foerster, der Berliner bzw. Potsdamer Sternwarte), er, der im reinsten Humanismus erzogen wurde, er, der als Humanist Sekretär der «Ethischen Kultur» war, er kam, als angehender Pädagoge, immer mehr zur Überzeugung, daß die Ethik an sich keine klare Antwort auf die Frage gebe: auf was hin erzieht sie das Kind, den heranwachsenden Menschen? Wo ist die letzte Zielsetzung, wo der Wertmesser, an dem man ersehen kann, daß die moralischen Gesetze und Notwendigkeiten, unter denen die Menschheit steht, eingehalten werden und man von ihnen nicht abirrt? Die Antwort wurde ihm in einer für ihn neuen Welt gegeben: in den kleinen, romanischen Kirchen des Elsaß. Dort erlebte er Christus, dort Maria, dort den absoluten Wert der Religion und ihrer Kirche.

Alle seine pädagogischen, immer wieder neu aufgelegten Bücher geben davon Zeugnis und nirgends wurde dies klarer und eindringlicher herausgearbeitet als in dem eben erschienenen Werk Dr. Franz Poeggeler, Dozent am Deutschen Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster, der zum erstenmal eine systematische Darstellung der Pädagogik Foersters gab (Verlag Herder, Freiburg). Es ist dies eine Arbeit, mit der der Verfasser nicht nur den so oft mißverstandenen und verlästerten Pädagogen Foerster ehrt, sondern auch sich selbst, doppelt, als auch heute noch ein gewisser Mut dazu gehört, für diesen 89jährigen, immer noch in der Emigration unter beschämender Not lebenden, blinden Greis einzutreten.

Poeggeler hat eine außerordentliche Mühe auf diese Arbeit verwendet und es ist erstaunlich, daß er sie aus einem Lebenswerk, das in ca. 30 Büchern, Tausenden von Aufsätzen in Zeitschriften und Zeitungen, wie in persönlichen Briefen zerstreut ist, in solch klarer Form systematisieren konnte. Dabei ist nicht uninteressant, daß dieser wissenschaftliche Pädagoge immer wieder, ich möchte sagen «aufmuckte», wenn Foerster vielleicht manchmal allzu schroff gerade gewisse wissenschaftliche pädagogische Methoden scharf beurteilte. Übersah

Poeggeler nicht etwas zu sehr, daß Foersters Pädagogik viel mehr auf konkreter Lebensbeobachtung und Menschenkenntnis beruht, als auf dem oft verstaubten und leblosen Wissen emsiger Bibliotheksarbeit? Das will gewiß nicht sagen, daß auch der wissenschaftliche Pädagoge wesentliche Beiträge lieferte; beruhten sie aber letzten Endes nicht auch, wenn sie fruchtbar wurden, auf lebendiger Beobachtung, die außerhalb der Bibliothek gemacht wurde? Wie dem auch sei: Hut ab vor der eigenen, lebendigen Systematisierung Poeggelers; allein die folgende Anerkennung: «Die Anregungen, die Foerster dem modernen pädagogischen Denken gab, haben Einsichten gefördert, deren Reichtum sich jedem erschließt, der um eine christliche Fundierung der Menschenbildung bemüht ist», bezeugt, daß der wissenschaftliche Pädagoge den induktiven Pädagogen, den Lebensbeobachter und Menschenkenner, verstand und damit einer lebendigen, wie wissenschaftlichen christlich fundierten Pädagogik diene.

Im übrigen ist es ja nicht von ungefähr, wenn ein katholischer Bischof Foerster schrieb: «Man müßte eigentlich die Vorsehung bitten, damit sie Ihnen noch Steine in den Weg wirft, um zu verhindern, daß Sie überstürzt in die Kirche eintreten, statt Ihr Apostolat außerhalb der Kirche weiter zu führen».

An Steinen hat es Foerster wahrlich nicht gefehlt – manchmal wurden sie ihm nicht nur in den Weg geworfen –, aber wie sehr von anderen sein Anliegen und seine Arbeit auch verstanden wurden, das wurde ihm von der sichtbarsten Autorität der Welt, die nicht von dieser Welt ist, bewiesen: Papst Pius XI. sandte ihm seinen apostolischen Segen und Pius XII. ließ ihn wissen, daß «er auf Professor Foerster, als Zeichen seines dauernden Wohlwollens, eine reiche Ausgießung himmlischer Gaben herabrufe».

*

Auf dem Kongreß für das Apostolat der Laien kritisierte Mgr. Philips sehr scharf die instinktive Aversion des Gläubigen für die Politik, die fast immer unheilvoll sei. Es sei keine Übertreibung, von einer politischen Gerechtigkeit, von einer politischen Caritas zu sprechen, ja sogar – vorausgesetzt, daß man die nötigen Unterscheidungen beachte – von einem wahrhaften politischen Apostolat. Und Mgr. Montini erklärte, daß die große Politik des Apostolats nicht eine Eroberung, sondern ein Dienst sein müsse.

Ich verweise auf das obige Schreiben des ungarischen Bischofs an Foerster hinsichtlich seines Apostolats. Seine eben erschienene «Politische Ethik» ist unter der innersten Nötigung geschrieben, diesem politischen Apostolat zu dienen. Am besten läßt sich ihr Grundgedanke durch einen Absatz aus seinem Werk «Christus und das menschliche Leben» (Paulus-Verlag, Recklinghausen), umreißen:

«Der Krieg wird nur soweit überwunden, wie die geistigen Führer der Menschheit eine ganz neue Erziehung der Jugend und der Erwachsenen durchsetzen, deren Ziel sein müßte, das ‚Pax vobiscum‘ der Religion genau so in die Technik der wechselseitigen Menschenbehandlung zu übersetzen, wie die moderne Zerstörungstechnik den Soldaten beibringt, den Gegner in fliegende Fleischfetzen zu verwandeln.»

Auch in dieser politischen Ethik ist alles unzerreißbar mit der Religion verknüpft und von dort aus das persönliche Urteil geweiht. Foerster beurteilt die Ordnung, die Arbeitsteilung, die Arbeitsgemeinschaft nicht vom Standpunkt des Termitenstaates aus, wo «ein unfehlbarer Instinkt Polizei und Führerschaft ersetzt», noch von jenem Menschenstaat aus, nach dem der Mensch als persönliches Lebewesen antisozial, aber zugleich gezwungen sei, in einer Gemeinschaft zu leben, «ohne die er selbst nicht zur vollen Entfaltung seines persönlichen Lebens kommen kann, so daß er genötigt ist, der Kunst der Kooperation, der Überbrückung der Gegensätze, die höchste sittliche Anstrengung zuzuwenden». Er urteilt vom «Gottesstaat» des heiligen Augustinus aus, der keineswegs nur die Vision des himmlischen Jerusalem sei, sondern uns in Wirklichkeit die Theokratie zeige, die über der Demokratie thro-

nen müsse, «damit Göttliches und Menschliches im Staat zusammenarbeiten und unablässig die irdische Vernunft durch die überirdische Vernunft befruchtet werde, so daß der irdische Geist geheimnisvoll durch den heiligen Geist beschämt werden könne». Dies allein sei Realpolitik, «denn es baut auf der Kenntnis des wirklichen Menschen auf und ist durch das erhabenste Beispiel aller Zeiten erleuchtet». Denen, die etwas allzu leicht von der Freiheit des Christenmenschen sprechen, sagt er: «Inmitten des großen Kampfes der letzten Jahrhunderte zwischen Ordnung und Selbstbestimmung, hat die Freiheit allzuoft rein materialistisch geredet. Aber Ordnung und Gesetz taten das nicht weniger, so daß beide sich wechselseitig in der Geistlosigkeit bestärkten.» Und er stellt fest, daß «nicht wenige protestantische Autoren, die paulinischer als Paulus sein wollten, in ihrer Polemik gegen den Gesetzesgehorsam übersahen, welche geistige Macht und göttliche Majestät hinter dem jüdischen Gesetz steht und dem Gläubigen immer wieder zum Bewußtsein bringt: ‚Ich habe den Weg Deiner Gebote beschritten, nachdem Du mein Herz erweitert hast.‘» Ohne die unablässige geistige Verbindung mit der höchsten Urquelle aller Ordnung und allen Einklangs in der Welt müsse «die lebendige Person durch eine rein mechanische Gesetzmäßigkeit erdrückt werden». In einer Welt von mächtiger und alles Leben erfassender Organisation bleibe die politische Leistung der Religion das allein rettende Gegengewicht gegen eine tödliche Mechanisierung des Menschenlebens. Man könne die Wahrheit der anderen Welt ebenso wenig aus der praktischen Meisterung des Lebens ausschalten, wie man einen Menschen köpfen könne, um die «Eigengesetzlichkeit» seiner Glieder zu sichern.

Wer nun aber glaubt, daß es sich bei der «Politischen Ethik» um ein rein philosophisches, trockenes, nur für eine wissenschaftliche Elite geschriebenes Werk handelt, kennt Foerster nicht. In seiner induktiven Art des Schreibens, die immer wieder von nicht zu bestreitenden geschichtlichen, politischen Einzeltatsachen ausgeht, um dann in einigen allgemein gültigen Sätzen, wie die obigen, aus ihnen Schlußfolgerungen zu ziehen, erstet vor unseren Augen die ganze Geschichte des letzten Jahrhunderts. Und in welcher lebendigen, bilderreichen Sprache! Alles wird mit einer Unmenge schlagender Zitate der Elite aller Zivilisationen untermauert, zu denen allein in 20 Seiten Anhang noch weitere 140 hinzukommen. Diese Beweisführungen, die bis zu den Vorgängen auf Zypern und in Algerien gehen (auch die «Orientierung» wurde hier zitiert), erfüllen sogar an sich «trockene» Themen, wie z. B. «Staat und Sittengesetz» – «Grundfragen staatlicher Kultur» – «Wahre Regierungskunst» – «Das ethisch-politische Problem der Demokratie» – «Der personale Mensch und die abendländische Gesellschaft» usw. mit einer Lebendigkeit, die nicht ihresgleichen findet.

Abgesehen davon: kaum ein Pädagoge – denn auch in diesem Buche spricht der Erzieher – kann sich die induktive Methode so leisten, wie Foerster. Denn hinter ihr stehen über 60 Jahre persönlichster, geschichtlicher und politischer Erfahrungen, persönlicher, oft freundschaftlicher Bekanntschaft mit den wichtigsten Staatsmännern und Politikern fast aller Länder Europas, Kaiser, Könige und hohe Würdenträger der Kirche ebenso wenig ausgenommen, wie die sozialistischen Führer der heroischen Epoche des Sozialismus, oder Lenin selbst. Und nicht von ungefähr schrieb er die erste Auflage seiner «Politischen Ethik» ein Jahr vor dem ersten Weltkrieg; nicht von ungefähr erschien die zweite, den neuen Verhältnissen angepaßte Auflage sofort nach Kriegsende; nicht von ungefähr die vierte, völlig umgearbeitete, nach dem zweiten Weltkrieg. Nichts konnte den nun 89jährigen von der innersten Nötigung der Vollendung seines Lebenswerkes abhalten, weder seine Erblindung, noch die ständige Not um die primitivsten Lebensnotwendigkeiten für sich und seine Familie.

Wahrlich, Dr. Franz Poeggeler sagt mit Recht: «Foerstere politische und kulturpolitische Prognosen, derentwegen man

ihn für einen Scharlatan und Flagellanten hielt, sind von der jüngsten Geschichte so gründlich in ihrer Richtigkeit bestätigt worden, daß man der Aussagekraft Foerstere mit Recht prophetische Züge anerkannt hat. Diese aber und die Unbezweifelbarkeit ihres Vorhandenseins kennzeichnen Foerstere Charakter als den einer ungewöhnlich starken und begnadeten Persönlichkeit.»

*

Als ich die «Politische Ethik» nachdenklich auf die Seite legte, wurde mir klar, warum ich so oft lange vor einem leeren Blatt Papier sitze, ohne den Stylo in die Hand zu nehmen, wenn ich den Versuch unternehme, über diese oder jene politische Situation zu berichten. Und dabei sind doch anscheinend solche Orientierungen so leicht zu geben, wenn man über einigermaßen stichfestes Material verfügt, Land und Leute kennt und eine jahrzehntelange Erfahrung hinter sich hat. Dabei hatte ich den großen Vorteil, der erste, älteste Schüler von Foerster zu sein, mit dem mich über 60 Jahre meines Lebens, so oder so, verbanden – vielleicht am stärksten, wenn ich am weitesten von ihm entfernt war. Denn ich war und werde nie «Foersterianer», schon deswegen nicht, weil ich von jeher eine geheime Abneigung gegen jede Art von «...ianern» hatte. Ich ging meinen eigenen, oft steinigen, holprigen Weg, an dessen Krümmungen, wie auf einsamen Bergpfaden, immer wieder ein Kreuz stand, das mich anhalten, nachdenken und bitten ließ. Manchmal kam es mir vor, daß der Getaufte es schwieriger als der Ungetaufte hat, seinen Weg zu finden, da er geneigt ist, seine Selbstsicherheit mit der Sicherheit seines Glaubens zu verwechseln. Wie oft bildet der Mensch sich etwas ein, anstatt sich auszubilden. Aber je mehr die Selbstsicherheit hinter der Sicherheit im Glauben zurücktrat, desto näher kam mir Foerster. Nicht weil seine religiöse Haltung und Interpretation religiöser war als die mancher geistiger und geistlicher, hochehrens-würdiger Führer, sondern weil ihm die Gnade zuteil wurde, aus den leidenschaftlichen Gegensätzen unseres Lebens heraus (und doch persönlich nie in sie verstrickt), durch das zu einem Knäuel verstrickte Gute und Böse langsam, aber mit unfehlbarer Sicherheit zu Christus zu finden, um dann von Ihm aus den Knäuel mit sicherer Hand zu entwirren. Er ging nicht vom «Vater unser», sondern von seinem Vater, dem Naturwissenschaftler, Astronomen und Humanisten aus, um dann sein Lebenswerk unter das «Gloria in excelsis Deo» unserer Vormesse zu stellen. Es ist dieser Weg, diese Erkenntnis unserer irdischen Wirklichkeit, die ihn zur überirdischen, einzigen Wirklichkeit führte, vor der alle Fragen zusammensinken und das «Kyrie eleison» zur Selbsterkenntnis führt. Gerade dieser Weg – der im übrigen Irrtümer in der Beurteilung einzelner, am Rande stehender Tatsachen nicht ausschließt – gibt seiner Darstellungskraft jene einzigartige, lebendige und zusammenfassende Art, die jeden aufrichtig suchenden Menschen zum Nachdenken und Überdenken seiner eigenen Ansicht zwingt.

Was hat dies alles mit meinem «leeren Papier» und meinen Versuchen, über politische Situationen zu orientieren, zu tun? Weil sie heute, bei der steigenden Anzahl der ungelösten, immer beängstigender werdenden Probleme nicht mehr einfache «Berichte» sein können bzw. dürfen; diese machen die Telegraphenagenturen viel besser. Sondern weil es darauf ankommt, aus einer Gesamtübersicht über sie zu orientieren, die Realität und die «Über-Realität» zu erfassen und sie so verständlich zu machen, daß sie nicht – irreell werden. Nur der ist heute ein wahrhafter «Journalist», der sich nicht der «Meinung» seines Brotgebers unterwirft, also gewissen Partei- oder gar Geldinteressen, denn alle die uns heute beschäftigenden Probleme gehen weit über irgendwelche eigenen Interessen hinaus. Wenn so manche katholische Publikationsorgane, trotz der über 400 Millionen Katholiken, über oft beschämende kleine Auflagen nicht herauskommen, sollte nicht einer der Hauptgründe darin liegen, daß sie zu wenig – katholisch, also uni-

versell sind? Daß sie die Sprache ihrer Gegner sprechen und nicht ihre eigene, also die christliche, die sich immer bewußt ist, daß auch der schärfste Gegner ein «Nächster» ist? Das sei zu idealistisch? Man erinnere sich an die Zeiten, wo das eigene Vaterland von außen her in Gefahr war, oder wo große Naturkatastrophen Massen von Menschen in schwere Not brachten, oder nur, wenn ein Schiff untergeht, und man wird immer

wieder erleben, daß jede Diskussion zwischen «rechts» und «links» aufhört und es nur einen Willen gibt, unbeschadet von Rang, Partei und Religion, zu helfen. Man wird heute mehr denn je diesen geheimnisvollen Drang zur Einheit in aller Orientierung berücksichtigen müssen, um der Entzweiung entgegenzuarbeiten. Das ist schwer, aber dazu hilft die «Politische Ethik» Foersters. *H. Schwann*

Was will der Kreml eigentlich vom Vatikan?*

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die russisch-orthodoxe Kirche bei einer allfälligen Aufnahme von Beziehungen zwischen Kreml und Vatikan ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat. Dabei wird in letzter Zeit oft die Frage aufgeworfen, ob nun die russisch-orthodoxe Kirche dem Sowjetstaat gegenüber stark oder schwach ist.

Von der heutigen Stärke der russisch-orthodoxen Kirche

Nun, wie kann die Stärke einer geistigen Organisation gemessen werden? Etwa nach Regimentern und Divisionen, wie Stalin es einst meinte? Nach der Zahl der Gläubigen? Nur ein neuer Konflikt mit der Sowjetregierung, also ein sogenannter Ernstfall, könnte heute den wirklichen Einfluß der orthodoxen Kirche auf die Sowjetbevölkerung irgendwie deutlich aufzeigen.

Im Vergleich zur Vergangenheit, das heißt zur Zeit vor der Revolution, scheint es optisch, daß die russisch-orthodoxe Kirche weit zurückgedrängt worden ist. Über den russischen Städten schwebt nicht mehr wie eine große Wolke aus harmonischen Tönen das berühmte byzantinisch-russische Glockengeläute. Die Zahl der Kirchen ist um vieles kleiner geworden. Die Klöster, die wie gewaltige Festungen – das waren sie auch in der Vergangenheit – über das ganze Land zerstreut liegen, sind beinahe alle leer. Man sieht keine kirchlichen Prozessionen mit dem goldenen Glanz der Standarten und der Ornate der Geistlichkeit. Von den vielen Wallfahrtsorten sind nur drei oder vier übrig geblieben, und niemand ladet wie früher die Geistlichkeit zu Einweihungen, zu Geburtstags- und Totenmessen ins Haus. Die einst nicht abreißen wollende Kette der Pilgerzüge ist von den russischen Landstraßen verschwunden. Der Glanz der byzantinischen Kirche rahmt die Staatsaktionen nicht mehr ein.

Doch all das, was dem alten Rußland einst sein etwas exotisch-religiöses Gepräge gegeben hat und die Ausländer dazu verleitete, das russische Volk als besonders religiös einzuschätzen, muß nicht unbedingt ein Zeichen der Stärke sein. Entsprechend ist sein Ausfall auch nicht notwendig ein Zeichen der Schwäche.

Am besten ist, wir betrachten die heutige russisch-orthodoxe Kirche auf Grund nüchterner Tatsachen. Diese muß heute, ohne reiche Staatssubventionen, nur aus den freiwilligen Spenden der Gläubigen leben. Niemand kann einen Sowjetbürger zu regelmäßigen Beiträgen an seine Kirche zwingen, niemand zwingt ihn, für individuelle kirchliche Dienste eine Gebühr zu bezahlen. Und doch existiert die orthodoxe Kirche. Es existieren Tausende von Pfarrgemeinden. Es existiert eine Hierarchie, und über ein Dutzend theologischer Lehranstalten werden von den Gläubigen unterhalten. Dabei müssen die Zöglinge der Priesterseminare und die Studenten der theologischen Hochschulen nicht nur gratis verköstigt und untergebracht,

sondern darüber hinaus auch bekleidet werden. Das spricht bereits von einer gewissen Stärke.

Es ist jedoch auch bezeichnend, daß sich heute weit mehr junge Leute zum Studium der Theologie drängen, als es Plätze in den theologischen Lehranstalten gibt. Auch ist die orthodoxe Geistlichkeit eine ganz andere geworden. Es gibt nicht mehr die sehr wohlhabenden Geistlichen der Großstädte und der reichen Gemeinden, die sich durch Hausgottesdienste beim Adel und der wohlhabenden Kaufmannschaft schöne Einkünfte verschaffen konnten, es gibt jedoch auch nicht mehr die bettelarmen Dorfpopen, die höchst selten Geld sahen, in geflickten Soutanen herumgingen und froh sein mußten, wenn sie von den Bauern mit Eiern und Kartoffeln entlohnt wurden. Heute wird die Geistlichkeit von den Kirchengemeinden nach festen Sätzen besoldet. Sie ist daher selbstbewußter geworden und, wenn man will, auch kompromißloser. Es gibt nicht mehr das Bild des alten Rußland, wie etwa am Ostersonntag der Geistliche von Haus zu Haus geht, im Ornat und das große Kreuz in der Hand, um zu gratulieren, in Wirklichkeit jedoch um zu betteln, bis er schließlich von den vielen ihm angebotenen Wodkas in den Kultusgewändern in den Straßengraben fiel und am andern Tag überall das Kreuz gesucht werden mußte. Die heutige Geistlichkeit versteht es ganz anders als früher, auch bei den Gegnern sich Respekt zu verschaffen. Sie ist auch viel gebildeter und belesener als einst. Der ungebildete und grobe Pope aus der zaristischen Zeit ist verschwunden.

Am besten zitieren wir einen alten Kommunisten, wie er die neuere kirchliche Situation dem Schreibenden gegenüber einmal beurteilte: «Wenn Sie mich fragen, so bin ich der Meinung, daß die russisch-orthodoxe Kirche stärker geworden ist im Vergleich zur Zeit der Zaren. Weggefallen sind die leeren Äußerlichkeiten. Weggeblieben sind diejenigen, die nur mitgemacht haben, weil es der Staat verlangte, oder aus Gründen materieller Vorteile. Geblieben ist der feste Kern und gewachsen ist die geistige Potenz der Geistlichkeit. Die jahrzehntelange antireligiöse Propaganda war für die Katze.»

Vieles, was dem alten Rußland eigen war, will die heutige russische Kirche gar nicht mehr zurückhaben, so wie die Geistlichkeit der westlichen Kirche sich auch nicht nach den Zuständen des Mittelalters zurücksehnt. Geblieben ist dagegen, vielleicht noch stärker geworden, die Grundsätzlichkeit der russisch-orthodoxen Kirche. Sie wird von sich aus die Demarkationslinie zwischen ihr und dem Staat nie brüsk überschreiten, doch der Staat müßte auf gefährliche Reaktionen gefaßt sein, wenn er selbst in die ureigenste Domäne der Kirche einbrechen sollte.

Wir haben schon gesehen, daß diese Kirche sich auch im Verhältnis zu den andern Konfessionen und Religionen geändert hat. Sie ist, äußerlich wenigstens, tolerant. Sie verkehrt mit den andern Kirchen und Glaubensbekenntnissen, jedoch nur solange, als diese andern Glaubensbekenntnisse die Domäne der russisch-orthodoxen Kirche nicht tangieren, insbesondere nicht versuchen, die drei ostslawischen Völker der Sowjetunion zu missionieren. Umgekehrt verzichtet sie selbst darauf, an die andersgläubigen Völker innerhalb der Sowjetunion (die Einverleibung der griechisch-katholischen oder unierten Kirche in Galizien bildet eine Ausnahme und hat ihre ganz be-

* Einen ersten Teil siehe S. 76 ff.

sondere nationalostslawische Ursache) heranzutreten. Das gibt dem Kreml im Vergleich zur zaristischen Zeit etwas größere Freiheit in seinen Beziehungen zum Vatikan.

Vermutliche Reaktionen auf Verhandlungen zwischen Kreml und Vatikan

Die Bevölkerung einer einzigen Sowjetrepublik von fünfzehn, nämlich Litauen, ist römisch-katholisch, dazu noch eine Provinz der Republik Lettland, Lettgallen. Wenn über diese Gebiete eine Verständigung zwischen dem Kreml und dem Vatikan zustandekäme, würde dies das Moskauer Patriarchat sogar begrüßen, schon aus der Erwägung heraus, daß, wenn vielleicht solche Verhandlungen Zugeständnisse für Litauen mit sich bringen, diese dann automatisch auch der russisch-orthodoxen Kirche zufallen müßten. Eine Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Litauen und Lettgallen würde auch die gesamte religiöse Front in der Sowjetunion stärken. Das aber könnte dem Patriarchat nur recht sein.

Doch wehe, wenn der Kreml darüber hinausgehen wollte, wenn er der römisch-katholischen Kirche zum Beispiel die Möglichkeit geben sollte, an die russische, ukrainische oder weißbruthenische Bevölkerung heranzutreten. Die russisch-orthodoxe Kirche vermeidet es zwar einstweilen noch, mit ihrer Propaganda in die große Masse der Indifferenten innerhalb des russischen Volkes einzudringen. Doch ist diese Masse eine Domäne, welche sie sich für die Zukunft vorbehält, ein Niemandsland, in welches auch eine andere religiöse Macht nicht eindringen darf.

Wenn wir uns vorstellen wollten, daß es tatsächlich zu Verhandlungen zwischen Kreml und Vatikan kommt und der Kreml dabei Zugeständnisse macht, die dem Patriarchat nicht passen, so wird der Patriarch deswegen kaum plötzlich mit einem lauten Protest hervortreten. Die byzantinische Kirche hat andere Wege, um dem Kreml unangenehm zu werden. Man würde im angenommenen Fall wahrscheinlich mit Predigten beginnen, welche die Gläubigen vor den Gefahren «der päpstlichen Missionierung» warnen, ein Thema, welches die Sowjetregierung nicht verhüten könnte, und eine Propaganda, die sich zusehends steigern und schließlich eine oppositionelle Stimmung gegen den «romfreundlichen» Kreml hervorrufen würde.

Damit jedoch nicht genug! Eine solche Propaganda, obwohl sie sich nur auf das Religiöse beschränkt, würde stimmungsmäßig ins Nationale umschlagen und damit nicht nur solche Massen ergreifen, welche bloß abseits der Religion stehen, sondern tief in die Kreise der Ungläubigen selbst hineinwirken. Wie man die russische Vergangenheit und die russische Mentalität kennt, so könnte eine solche oppositionelle Stimmung gerade gegenwärtig für das Sowjetregime wenn nicht gefährlich, so doch höchst unbequem werden. Schon hier besteht eine eng gezogene Grenze für etwaige Zugeständnisse des Kremls an den Vatikan.

Was dem Kreml am Vatikan imponiert

Indessen müssen wir die veränderte Haltung des Kremls gegenüber dem Vatikan noch einer etwas genaueren Prüfung unterziehen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatte man im Kreml eine standardisierte Auffassung über die katholische Kirche als Weltorganisation. Wenn die Theorie stimmt, daß jede kirchliche Organisation keine eigene Kraft besitze, sondern sich der herrschenden Klasse unterwerfen und ihr dienen müsse, so folgerten die sowjetischen Theoretiker, dann müsse natürlich auch der Vatikan, der in der westlichen und damit in der kapitalistischen Welt lebt und dessen Anhänger in der überwiegenden Majorität in kapitalistischen Staaten wohnen, ob er will oder nicht, eben dem Kapitalismus dienen. In

der vereinfachenden Denkungsart des Kremls werden Westen, Kapitalismus und Amerika einander gleichgesetzt. Die Folgeung ist: Der Vatikan dient den USA, und die USA benützt den Vatikan und die katholische Kirche als gewaltige Propagandazentrale. Äußerliche Ereignisse, wie etwa die Entsendungen von Sonderbevollmächtigten des USA-Präsidenten in den Vatikan und die wiederholten Reisen des amerikanischen Kardinals Spellman nach Rom, wurden als Beweise für die Richtigkeit der aufgestellten Theorie angeführt. Dann hat die Sowjetregierung nach dem Krieg eine Reihe von katholikenfeindlichen Maßnahmen ergriffen. Erwähnt seien die Einschränkung der Tätigkeit der katholischen Kirche in Litauen und Lettland, die Verhaftung katholischer Bischöfe und Geistlicher, die gewaltsame Liquidierung der griechisch-katholischen oder unierten Kirche in Galizien, vor allem die massiven und zum Teil blutigen Verfolgungen des Katholizismus in den Satellitenstaaten, also in rein katholischen Ländern, wobei in all diesen Staaten Schauprozesse gegen die Kirchenführer inszeniert wurden. Die Reaktion der westlichen Welt und des Vatikans insbesondere war begreiflicherweise eine heftige. In Moskau jedoch beschuldigte man darauf den Vatikan, als Zentrum der antisowjetischen Kriegspropaganda zu dienen.

Nun ereignete sich etwas, was dieser Theorie widersprach. Als der Kreml mit seiner Koexistenzpropaganda begann, die von Washington und breitesten Kreisen des Westens schlechthin abgelehnt wurde, nahm der Vatikan, vor allem der Papst persönlich, dazu eine deutlich unabhängige Stellung ein. Der Papst lehnte nämlich die Koexistenz nicht schlechthin ab, sondern verlangte eine Koexistenz in der Wahrheit. Der erste sowjetische Parteisekretär, *Nikita Chruschtschew*, formulierte damals in einer seiner wichtigsten Reden seine Auffassung über die Koexistenz folgendermaßen: «Eine ideologische Koexistenz zwischen Kommunismus und Kapitalismus sei unmöglich; jeder müsse eben offen bei seiner Weltanschauung bleiben, jedoch der Kampf zwischen diesen Weltanschauungen müsse friedlich ausgetragen werden; dann könne man auf allen rein sachlichen Gebieten einen Modus vivendi finden und praktisch zusammenarbeiten.» Ob nun mit Recht oder Unrecht, im Kreml schien man damals überzeugt zu sein, daß zwischen der Formulierung des Begriffes «Koexistenz» durch den Papst und derjenigen durch Chruschtschew kein Unterschied bestehe.

Als bei der Weiterentwicklung der sowjetischen Friedensoffensive vom Vatikan in einer Reihe von Fragen, vor allem in jenen des Verbotes der Atomwaffen und der Einstellung der Atomversuche, dieselben Forderungen wie vom Kreml erhoben wurden, überzeugte man sich daselbst immer mehr und mehr davon, daß der Vatikan eine völlig unabhängige geistig-moralische Kraft ist. Denn, so sagte man sich dort, den führenden amerikanischen und kapitalistischen Kreisen könnten solche Aufstellungen durchaus nicht genehm sein. Nach gewissen Informationen imponierte dem Kreml dabei besonders die Tatsache, daß der Vatikan selbst vor Formulierungen, die vollkommen den russischen gleichen, nicht zurückschreckte. Im Verlauf von 40 Jahren hatte man nämlich die Erfahrung gemacht, daß selbst Kreise, die an und für sich mit sowjetischen Vorschlägen einverstanden waren, trotzdem jeweils nach Formulierungen suchten, die wenigstens dem Wortlaut nach sich von den sowjetischen unterschieden. Man tat dies jeweils, um nicht in den Verdacht der Sowjetfreundlichkeit zu geraten. Im Kreml imponierte dieser moralische Mut ungemein, und von da bis zum Wunsch nach Kontakten mit dem Vatikan war es nur mehr ein Schritt.

Erste Anzeichen einer veränderten Haltung des Kreml

Man ist im Kreml überzeugt, daß auf vielen Gebieten der sowjetischen Friedensoffensive eine Zusammenarbeit mit dem Vatikan wohl möglich und für die Sowjetpolitik durchaus nützlich wäre.

Die Vorbereitung des Bodens hierfür begann man damit, daß in der Sowjetunion selbst jede Propaganda gegen den Vatikan eingestellt wurde.

Erstmalig, nicht nur in der sowjetischen, sondern auch in der russischen Geschichte überhaupt, brachte die amtliche Deppeschenagentur päpstliche Ausführungen ziemlich ausführlich mit einem deutlich wohlwollenden Unterton.

Wichtige Ereignisse des katholischen Lebens in Litauen wurden auch von der Presse des übrigen Rußland ziemlich eingehend geschildert.

Dann kam die Reihe von Anbiederungsversuchen, angefangen bei der Visite des sowjetischen Geschäftsträgers in Rom beim päpstlichen Nuntius am Quirinal über die direkte Überreichung sowjetischer Noten im Vatikan bis zur letzten Ansprache Gromykos an eine Delegation italienischer Friedenspartisanen, welche eine direkte Aufforderung zur Kontaktnahme an den Vatikan war.

Man sieht es in Moskau also als vorteilhaft an, direkte Beziehungen zum Zentrum des Weltkatholizismus aufzunehmen. Der führende römisch-katholische Bischof in Litauen erklärte vor einigen Wochen in einem Interview mit dem Korrespondenten der «Unità», zweifelsohne mit Wissen und Willen der Sowjetregierung, daß der Abschluß eines Konkordates zwischen Moskau und dem Vatikan durchaus möglich sei.

Die mögliche Gegenleistung des Kreml

Die Nützlichkeit guter Beziehungen zum Vatikan für den Kreml leuchtet von selbst ein. Was aber kann der Kreml dem Vatikan anbieten?

Wir glauben, daß der Ausdruck Konkordat, den der litauische Bischof gebraucht hat, für die realen Möglichkeiten einer Übereinkunft doch zu weit geht. Indessen ist ein Abkommen möglich, aber es würde sich geographisch nur auf die Sowjetrepubliken Litauen und Lettland beziehen. Auch hier sind also relativ enge Grenzen gezogen. Bisher war in diesen Republiken nur die Freiheit der Kultusausübung gewährleistet und ein kontrollierter und sehr beschränkter Verkehr des Episkopates mit Rom gestattet. Darüber hinaus wird wohl wenig mehr zu erwarten sein. Möglich sind vielleicht sowjetische Zugeständnisse für einen intensiveren Verkehr der römisch-katholischen Bischöfe mit Rom. Die Regelung der Besetzung vakanter Bischofssitze liegt natürlich auch im ureigensten Interesse der Sowjetunion selbst ... Doch sie wird dabei wie bei allen andern Konfessionen darauf bestehen, daß nur Sowjetbürger ein kirchliches Amt in Rußland ausüben. Das einzige Gebiet, auf welchem ein Mehr vielleicht noch zu erreichen wäre, ist eine erweiterte Tätigkeit der Orden. Gemeint ist, daß etwa Ordensschwestern organisiert zur Krankenpflege in staatlichen Spitälern zugelassen werden und männliche Orden eine beschränkte Anzahl ziviler Berufe ausüben dürfen. Dagegen würde die Sowjetregierung in der Frage des staatlichen Schulmonopols unbeugsam bleiben. Sie wird daher keine Geistlichen oder Ordensschwestern als Lehrer zulassen.

Die Grenzen für etwelche Zugeständnisse des Kremls dem Vatikan gegenüber sind also sehr eng gezogen. Man stellt sich jedoch in Moskau vor, daß im Vatikan trotzdem ein Interesse an der Normalisierung seines Verhältnisses zum Kreml bestehen könnte. Denn der sowjetische Vorschlag einer päpstlichen Vermittlung zwischen Osten und Westen müßte, so meint man im Kreml, dem Weltprestige des Vatikans mächtig Auftrieb geben. Wie sich ein Sowjetdiplomate ausdrückte, könnte sich der Vatikan in Verbindung mit dem Kreml für das, was er in der Sowjetunion selbst nicht haben kann, auf weltpolitischer Ebene bezahlt machen.

Auf weite Sicht

Nun ist es mit einer etwaigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kreml und Vatikan keine einfache Sache. Auch hier sind der Sowjetregierung ziemlich enge Grenzen gezogen. Die Normalisierung solcher Beziehungen nämlich müßte eine überaus lange Zeit beanspruchen. Auch von der russischen Realität aus gesehen, ist es ziemlich undenkbar, daß sofort ein Sowjetbotschafter im Vatikan und ein päpstlicher Nuntius in Moskau einziehen. Solche normale Beziehungen haben in der ganzen russischen Vergangenheit nie existiert. Während langer Perioden der Geschichte gab es überhaupt keine Beziehungen zwischen Rußland und dem Vatikan. Erst während der letzten Jahrzehnte des Zarismus gab es diplomatische ständige Beziehungen zwischen Kreml und Vatikan, doch immer nur auf niedrigster diplomatischer Ebene. Das russische Kaiserreich unterhielt am Vatikan jeweils einen diplomatischen Vertreter im Rang eines Geschäftsträgers, höchstens in dem eines Ministerresidenten. Diese Diplomaten waren beim päpstlichen Staatssekretariat und nicht beim Papst selbst akkreditiert. Es wurde dadurch vermieden, daß der orthodoxe Imperator aller Russen ein direktes Beglaubigungsschreiben an den römischen Pontifex Maximus richten mußte.

Welche Wirkung erst würde es haben, wenn das erste Mal in der Geschichte ein päpstlicher Vertreter im Rang eines Botschafters im ehemaligen Zarenpalast in feierlicher Audienz sein Beglaubigungsschreiben überreichen würde? Zweifellos wäre das ein Augenblick nicht nur weltpolitischer, sondern auch weltgeschichtlicher Bedeutung. Die psychologische Wirkung wäre ungemein stark, außenpolitisch für die Sowjetregierung zweifelsohne sehr vorteilhaft. Es würde dadurch gewissermaßen dokumentiert, daß die größte geistliche Macht der Welt die Sowjetregierung anerkennt und sie moralisch als verhandlungswürdig ansieht. Doch innenpolitisch wäre diese psychologische Wirkung gerade umgekehrt. Für den Sowjetbürger würde nämlich durch einen solchen Akt seitens des Kommunismus offiziell die Macht der Religion anerkannt und jede Bekämpfung der Religion abgesagt werden. Der Sieger wäre hier der Vatikan und mit ihm der religiöse Gedanke. Es wäre die Revision der kommunistischen Weltanschauung, Unruhe und Desorientierung bei den radikal antikerikalen Kreisen, Hoffnung und erhöhte Aktivität bei allen Religionsgemeinschaften wären die Folgen. Und mithinein würde auch der russische Nationalismus spielen, die durch die antiwestliche Geschichte erzogene russische Mentalität der ewigen Angst vor Rom. Man sieht also, daß auch eine etwaige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Vatikan und Kreml nur langsam und nur stufenweise angebahnt werden kann.

Es bleibt noch die Frage zu beantworten, warum auf der Sowjetseite alle Wünsche nach Kontaktnahme mit dem Vatikan an die eigentlich falsche Adresse gerichtet sind, einmal durch den Mund des römisch-katholischen Bischofs in Wilna an den Korrespondenten der kommunistischen «Unità», das andere Mal, indem Außenminister Gromyko sich an eine Delegation kommunistenfreundlicher Italiener wendet. Die Frage ist sehr einfach zu beantworten. Der Kreml hat einstweilen keinen andern Weg. Er kann sich nicht auf offiziellem Weg an den Vatikan wenden, denn er kann sich dem Risiko einer Ablehnung nicht aussetzen. Das wäre nicht nur eine diplomatische Niederlage, sondern das würde auch innerhalb Rußlands eine Stimmung hervorrufen, die für lange Zeit eine Wiederholung des Versuches unmöglich machen würde. Darum versucht eben der Kreml auf verschiedenen andern zugänglichen Wegen abzutasten, ob ein offizieller Schritt Aussicht auf Erfolg hat.

Nikolaus Basseches

Die Bischöfe der Vereinigten Staaten und das Problem der Zensur

Vorbemerkung: Über die unheilvollen Folgen der spanischen Pressezensur brachte die letzte Ausgabe unserer Zeitschrift eine Betrachtung aus der Feder eines Kenners der Lage. Es mag in diesem Zusammenhang interessant sein, eine Äußerung des Episkopates der Vereinigten Staaten zum Thema «Zensur» zu lesen, die von der Vollversammlung der Bischöfe in USA im November 1957 erlassen wurde. Was unser Beobachter grundsätzlich zur Pressezensur äußerte, findet hier eine gleichsam kirchenamtliche Bestätigung, die – weil es sich eben um grundsätzliche Erwägungen handelt – nicht einfach beiseitegeschoben werden kann mit der Begründung, es gehe hier um ein anderes Land. Dieser Umstand, das sei zugestanden, vermag die Anwendung der Grundsätze zu modifizieren, nicht aber sie einfach Schachmatt zu setzen. Wir legen den fast vollständigen Text des Hirtenbriefes vor, wie ihn das «Bulletin International» des permanenten Sekretariates des Internationalen katholischen Pressevereins brachte. (D. R.)

Das Wort «Zensur» ist heute ein aufreizendes und oft trügerisches Wort. Aufreizend, denn es ruft den Widerspruch all jener hervor, die überhaupt keine gesetzliche oder moralische Bindung wollen; trügerisch, denn nur wenige Menschen können ohne Leidenschaft diese Frage der Zensur erörtern.

Offensichtlich hat der Staat das Recht, eine gewisse Zensur auszuüben. Im Krieg oder in nationalen Krisen sprechen nur wenige dem Staat eine Präventivgewalt ab. In normalen Zeiten aber wird der Staat nur eine Strafgewalt ausüben, indem er jenen, welche die Freiheit mißbrauchen und damit gleiche und sogar größere Rechte ändern absprechen, Einschränkungen auferlegt. Die Zensurvollmacht, über die der Staat verfügt, ist jedoch keine unbeschränkte Gewalt.

Vom Standpunkt der Moral kann und muß die Kirche das ausüben, was man Zensur nennt. Dieses Recht leitet sich von ihrem Amt als Lehrerin der sittlichen und als Hüterin der göttlichen Wahrheit ab. Die Entscheidungen der Kirche binden ihre Glieder, aber die Sanktionen, die sie verhängt, sind einzig geistiger und moralischer Art. Gleichwohl richtet sich die Kirche an alle Menschen guten Willens; sie wendet sich an die Lauterkeit ihres Urteils, an ihre freie Zustimmung und bittet um ihre Unterstützung.

Die Pressefreiheit, Schutz der bürgerlichen Freiheit

Die Freiheit, welche im Bereich des Zeitlichen gegenwärtig am meisten Stoff zu Diskussionen bietet, ist die Pressefreiheit. Dieses Wort erstreckt sich nicht nur auf die Freiheit der Tagespresse und anderer Drucksachen, sondern auch, auf künstlerische Ausdrucksweisen wie das Theater, das Kino, das Radio und das Fernsehen.

Weil in unseren Tagen die Presse zum wichtigsten Instrument und zum hauptsächlichsten Mittel für die Verbreitung von Kenntnissen wurde, deshalb ist ihre Freiheit mit dem Recht des Menschen auf Wissen innig verbunden. Der langsame und schwierige Aufstieg des Menschen zu den Höhen der Wahrheit ist gleichzeitig der Beweis der geistigen Kräfte, die Gott ihm verliehen, und der Wunden, welche die Sünde ihm geschlagen hat. Beglückende und bereichernde Erfahrung, das Suchen nach der Wahrheit sind allein dem Menschen eigen.

Das Recht auf Wahrheit ist offensichtlich ein Recht von unermeßlichem Umfang. Folgt daraus, daß das Recht, die Wahrheit durch Wort und Schrift auszudrücken, ebenso weit gespannt sei? Zweifelsohne hat der Mensch das Recht, seine Gedanken durch das geschriebene oder gesprochene Wort mitzuteilen. Indessen muß man von vornherein bedenken, daß das Ausdrücken des Gedankens dem Gedanken selbst ein weiteres Element hinzufügt. Wer sich an andere wendet, setzt einen Akt, der soziale Konsequenzen nach sich zieht, denen die Gesellschaft selbst Rechnung tragen muß. Wenn darum der Mensch die Freiheit des Wortes beanspruchen und ver-

teidigen muß, so muß er doch auch zugeben, daß er dieses Recht nur mit sorgfältiger Beachtung seiner Verantwortlichkeiten auszuüben verpflichtet ist.

Die Freiheit des Wortes ist mit andern, dem Menschen teuern Freiheiten eng verbunden. Ganz gewiß stellt die Pressefreiheit einen hochwertigen Schutz der bürgerlichen Freiheiten dar. Ohne sie keine Demokratie. In dem Augenblick, in dem man die Pressefreiheit erstickt und jedermann in die gleiche politische Linie des Denkens und Handelns zwingt, besteht die Demokratie nicht mehr.

Freiheit ist nicht Zügellosigkeit

Da die Pressefreiheit ein Grundrecht des Menschen ist, muß man sie verteidigen und schützen. Jedoch nicht so, als hätte sie die Freiheit, alles zu sagen, sondern als eine wahre, auf der Vernunft gegründete Freiheit. Die Freiheit unterschiedslos beanspruchen und verteidigen, wie das heute oft geschieht, heißt sie in Wahrheit kompromittieren. Darum erachten wir es als unsere Pflicht, nicht nur den Sinn der Freiheit, sondern auch ihre Grenzen ins rechte Licht zu setzen.

Wer von Grenzen redet, sagt mit andern Worten, daß die Freiheit, sich auszudrücken, keine absolute ist. Oft verteidigt man sie zwar als solche. Man unterstellt, daß das Wesen der Freiheit keinerlei Verminderung oder Einschränkung ertrage. Sonst verschwinde sie ganz. Die gesündere Auffassung von der Freiheit, insbesondere der Pressefreiheit, welche uns die Tradition überliefert, ist da maßvoller. Sie anerkennt, daß die Freiheit eine sittliche Tragweite besitzt. Der Mensch ist sich selbst als freies Wesen nur dann treu, wenn er im Einklang mit den Regeln der rechten Vernunft handelt. Als Glied der Gesellschaft übt er seine Freiheit innerhalb der Grenzen aus, die ihm die vielfältigen Bedürfnisse des gemeinsamen Lebens setzen.

Praktisch läuft das darauf hinaus, daß die Freiheit im Dienst des Gemeinwohles steht. Dieses verlangt unter anderem Achtung vor den Rechten der übrigen, Rücksichtnahme auf die öffentliche Ordnung und eine durch die Tat bestätigte Anerkennung der menschlichen, sittlichen und sozialen Werte, die zu unserem christlichen Gemeinschaftserbe gehören. In diesem Zusammenhang findet die Freiheit des Ausdrucks ihre wahre Erklärung.

Der oberste Gerichtshof hat diese Einschränkungen erst kürzlich durch neue Entscheide anerkannt und bekräftigt: «Wir halten dafür, daß das Obszöne nicht zum Bereich der durch die Verfassung geschützten Rede- und Pressefreiheit gehört» (Roth *versus* les Etats-Unis, 77 S. Const. 1304; Alberts *versus* la Californie, 88 S. Const. 1304, 24 juin 1957). Diese Urteile zur Frage der Zensur stellen für alle jene eine Ermütigung dar, die sich durch der traditionellen Autorität, welche der Staat gegenüber obszönen Schriften und Darstellungen ausübt, feindliche Strömungen bisher beunruhigen ließen.

Im Gegensatz zu diesen Tendenzen bestätigt der oberste Gerichtshof, daß es so etwas wie das Obszöne gibt, daß dieses gesetzlichen Bestimmungen und Einschränkungen unterworfen ist, daß Gesetze, die den Umlauf obszöner Literatur verbieten, als solche keine Verletzung der Verfassung darstellen, daß die Bundesregierung dieser Art von Publikationen das Beförderungsrecht absprechen kann, daß ein Staat Maßnahmen gegen obszöne Schriften treffen und jene, welche diese verkaufen oder anpreisen, bestrafen kann. Diese Urteile bestätigen einmal mehr die traditionelle Lehre, daß nämlich die Freiheit des Wortes innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen Grenzen ausgeübt werden muß. Die Unzucht kann nicht als rechtmäßige Ausübung eines von der wesentlichen Freiheit des Menschen abhängigen Rechtes erlaubt werden. Sowohl das Zivilrecht wie das Sittengesetz halten daran fest, daß die Ausübung der Freiheit nicht unbeschränkt ist.

Gewiß wäre es das Ideal, wenn eine Einschränkung durch menschliches Gesetz nie notwendig wäre, und die bloße Vernunft eines jeden anstelle einer äußeren Autorität der Freiheit ihre Grenzen setzte. Wie dem aber auch sei, der beste Beweis zugunsten von Einschränkungen ist deren tatsächliche Notwendigkeit zum Schutz einer größeren Freiheit. Weil es nun einmal Menschen gibt, die unüberlegt handeln und die eine soziale und moralische Gefahr darstellen, muß die Gemeinschaft ihre Verantwortung auf sich nehmen und ihre Autorität ausüben. Das Leben in einer Gemeinschaft erfordert das.

Das Zivilgesetz und das Prinzip der «möglichst geringen Einschränkung»

Obwohl der Staat berechtigt und verpflichtet ist, eine zum Schutz der öffentlichen Sittlichkeit notwendige Kontrolle über die verschiedenen Verbreitungsmittel des Denkens auszuüben, so soll das Zivilgesetz dennoch der Freiheit so wenig Beschränkungen als möglich auferlegen, zumal in den von der Verfassung geschützten Bereichen.

Der einzige Beweggrund, der die Gesetzgeber bei Beschränkungen der Freiheit leiten darf, ist der Schutz des Gemeinwohls durch Verhinderung schwerer und gefährlicher Mißbräuche. Seit sie bestehen, haben unsere Gerichtshöfe den Grundsatz der möglichst geringen Einschränkung verkündet. Wer darüber die Geduld zu verlieren droht, daß der Staat die Freiheit des Menschen zu zügeln und zu mäßigen zögert, soll daran denken, daß es hier um ein Prinzip geht, auf dem alle unsere wesentlichen Freiheiten beruhen. Man kann es also formulieren: Die Freiheit soll man eher zu wenig als zuviel einschränken, sie eher begünstigen als behindern.

Praktisch erfordert die Auferlegung solcher Einschränkungen große Diskretion und Klugheit vom Staat, zumal wenn es sich um die Pressefreiheit handelt. Eine unbegrenzte Vollmacht zu Einschränkungen und Unterdrückungsmaßnahmen kann hier zur Tyrannei führen und das Volk Schritt für Schritt seiner wertvollsten Freiheiten berauben.

Die Klugheit verlangt — und in unserem Regierungssystem ist das der Fall —, daß das Gericht immer in der Lage sei, das Volk gegen jeden Willkür- und Unterdrückungsakt zu schützen. Andererseits gerade, wenn man dafür hält, daß die Regierung Dinge, die nicht nur sozial wertlos, sondern effektiv der Gemeinschaft schädlich sind (wie im Fall des Obszönen),

unterdrücken kann, bleibt das Gericht der traditionelle Wall der Freiheiten des Volkes.

Das Zivilgesetz ist nicht die oberste Norm der Sittlichkeit

Innerhalb der zur Erhaltung einer freien Presse unumgänglichen Grenzen bleibt das Tun und Urteilen der Menschen vom Vorschriftenrecht des Gesetzes unberührt und somit können sie sich auch weiterhin der sittlichen Auffassung vom Leben, die eine große Zahl der Bürger teilt, widersetzen. Zwischen dem, was nach dem Wortlaut des Gesetzes ein Verbrechen bedeutet, und dem, was nach der Moral gut ist, besteht ein großer Spielraum. Wenn wir uns damit begnügen wollten, nur das als Verletzung der Sittlichkeit anzusehen, was unter das Strafgesetz fällt, dann bedeutete das eine seltsame Erniedrigung unseres sittlichen Ideals. Es ist also zu beachten, daß das Zivilgesetz, für sich allein genommen, die rechten Normen der Sittlichkeit noch keineswegs festlegt.

Ausgehend von dieser Tatsache und angesichts der verderblichen Wirkungen eines Theaters, eines Kinos und einer Presse, die gegen die guten Sitten verstoßen, haben die Bischöfe der Vereinigten Staaten gewisse Ämter eingerichtet: für das Filmwesen die nationale «Legion of decency», für das Pressewesen die Landesgeschäftsstelle für anständige Literatur.

Diese Geschäftsstellen haben ein gemeinsames Ziel. Beide geben Wertungen heraus, die sie den Interessenten zugehen lassen. Beide suchen sich auf gerechten und gesetzlich einwandfreien Wegen die Mitarbeit jener zu erwerben, die dem Übel steuern können. Beide bemühen sich um die Unterstützung aller zur Erreichung ihrer Ziele. Beide versuchen auch durch eine positive Aktion den guten Geschmack des Publikums zu pflegen und dahin zu bringen, daß es das Gute und Schöne aufsucht und bevorzugt. In ihrer Tätigkeit spiegeln diese Geschäftsstellen die Sittenlehre der Kirche wider, aber weder die eine noch die andere übt eine Zensur im eigentlichen Sinn dieses Wortes aus.

... Das Recht, sich offen zugunsten der Sittlichkeit zu äußern, sollte in einer Demokratie wie der unsern unbestritten sein. Eine seit langem in diesem Land schon bestehende Tradition gestattet allen Gruppen, ob sie nun zahlreich sind oder nicht, ihre Beschwerden auszusprechen ... Diese sich im Rahmen der Gesetze entfaltenden Bemühungen beabsichtigen, Übel zu beseitigen, gegen die das Gesetz selbst nichts vermag ...

Akute christliche Fragen zu Israels Zehnjahrestag

Nach unserem christlichen Kalender wird der Staat Israel am 14. Mai 1958 zehn Jahre alt. Nach dem jüdischen Kalender hat das Jubiläum bereits am 24. April stattgefunden: während sonst im Alltag der moderne laizistische Staat Israel unseren Kalender verwendet, hat man den Jahrestag der Neugründung mit dem religiös-jüdischen Datum verbunden (5. Ijar 5708), um diesen auch für die Glaubensjuden auf der ganzen Welt dem kultischen Festkreis einzugliedern.

Mit dieser Datumsansetzung offenbart sich eine Zweigleisigkeit von laizistischer Republik und alttestamentarischem Gottesstaat: diese Zweigleisigkeit findet sich auch auf anderen Gebieten des täglichen Lebens. Die sozialistischen Pioniere und die bürgerlich-liberalen Kreise des Zionismus, deren motorische Tätigkeit vom Beginn unseres Jahrhunderts an dem Werden eines jüdischen Staatswesens im Land der Väter gegolten hat, sind teils ungläubig, teils nur noch durch ganz lose Bande einer reichlich verwässerten

Tradition mit der jüdischen Religion verknüpft; sie haben ein durchaus nicht an die Religion gebundenes jüdisches Volkstum auf ihre Fahne geschrieben. Mit ihrer Ausdeutung des Begriffes Jude ist die jüdische strenggläubige, «orthodoxe» Minorität im Staate, die heute auf rund 20% der Gesamtbevölkerung geschätzt wird, nicht einverstanden. Dr. Joseph Burg, der Postminister, welcher der Partei der Religiös-Nationalen in der gegenwärtigen Regierungskoalition angehört, erklärte mir in einer Unterhaltung im Mai 1957, Judentum sei Nation plus Religion. Diese Definition, die Burg als den Absolventen eines Rabbinerseminars im weimarischen Deutschland legitimiert, ist für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung keineswegs gültig oder bindend. Die linkssozialistische Pionierjugend des Landes, die im Verband *Haschomer Hazair* organisiert auftritt, lernt sogar biblische Geschichte aus entgöttlichten Büchern, feiert das Fest des Auszugs der Juden aus Ägypten unter Weglassung der Erinnerung an alle den göttlichen Eingriff bezeugenden Elemente usw.

Dennoch wollen die laizistischen Führer des Staates es nicht zu einem offenen Kulturkampf kommen lassen: Hierfür sind teils innere Gründe, nämlich der Wunsch, die gegenwärtige Regierungskoalition, in der die Religiös-Nationalen vertreten

sind, zu erhalten, teils äußere Gründe, nämlich die Rücksicht auf die zum Teil sehr traditionsbewußten und auch als Geldspender wichtigen amerikanisch-jüdischen Kreise maßgebend.

Dieser komplexen Situation ist es zuzuschreiben, daß es bis heute im laizistischen Staat Israel keine laizistische Ehegesetzgebung gibt: Eheschließung und Scheidung liegen – für jüdische Bürger des Staates – in den Händen der Rabbiner (und für die Andersgläubigen in denen ihrer religiösen Autorität), und religiöse Mischehen sind ausgeschlossen. Doch erkennt der Staat die im Ausland geschlossenen religiösen Mischehen seiner Bürger an, sehr zum Ärger rabbinischer Fanatiker, die ihrerseits sich keinerlei Skrupeln machen, einen versteckten Kulturkampf gegen den Staat zu führen.

Im «Jerusalemischer Beschwerdebuch», einer sehr interessanten und aufgeschlossenen Rubrik der Tel Aviver Wochen-Zeitung «*Hakidmah*», konnte man zu Ende des vorigen Jahres als typisches Beispiel solcher jüdischen «gesetzestreu» Mentalität folgendes lesen:

«In Rischon Le Zion lebt ein Jude aus Deutschland, der vor drei Jahrzehnten in Berlin eine Christin heiratete, die in aller Form vorher zum Judentum übertrat. Der Ehe entsprossen zwei Söhne, von denen einer im Freiheitskrieg für Israel gefallen ist. Der überlebende Sohn wollte nun heiraten und meldete diese Absicht beim Ortsrabbinat an. Aber Rabbiner Harlap verweigerte die Eheschließung mit der Begründung, daß der Bräutigam kein Jude sei, da von einer Nichtjüdin geboren. (Für die rabbinische Auffassung ist das Kind einer Jüdin automatisch Jude, unabhängig vom Vater – aber nicht umgekehrt. Anm. d. Verf.) Es nützte dem jungen Mann nichts, daß er auf seine eigene Beschneidung hinwies. Er galt als Sohn einer Nichtjüdin und damit für das Rabbinat als eheuntauglich. Auch die Tatsache, daß der junge Mann in Rischon Le Zion seine jüdische Konfirmationsfeier (Bar Mizwa) gehabt hatte, machte auf den Rabbiner keinen Eindruck. Nun begab sich der Vater des Bräutigams zu Rabbiner Harlap und legte ihm amtliche Dokumente vor: Dr. Moses Weyl, Gemeinderabbiner von Berlin, hätte den vollzogenen Übertritt der Ehegattin des Rechtsuchenden seinerzeit amtlich bestätigt. Aber auch das nützte nichts. Der Rabbiner von Rischon Le Zion beanstandete, daß die amtlichen Bescheinigungen der Jüdischen Gemeinde in Berlin in deutscher Sprache verfaßt waren; und ferner erklärte er, daß Dr. Moses Weyl als liberaler Rabbiner für ihn ein ‚Reformer‘ sei, dessen Zeugnis keinen Wert habe. Die Mutter des Jungen, die ihrem Mann so treu in das Land Israel gefolgt war, die einen Sohn für dieses Land hatte opfern müssen, die eine Jüdin geworden war nach allen Vorschriften der jüdischen Gemeinschaft, erlitt vor Kummer einen Herzanfall und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Rabbiner von Rischon Le Zion sandte den jungen Mann schließlich nach Tel Aviv, wo sich das Rabbinat dazu bereit fand, die Eheerlaubnis zu geben, falls der Bräutigam wie ein erst zum Judentum Übertretender, der die Beschneidung schon empfangen hat, nun auch noch ins Tauchbad gehe, um ein Vollproselet zu werden ...»

Wo eine solche «Strenge» im innerjüdischen Bereich gang und gäbe ist, darf man sich nicht wundern, wenn sie sich auch in der Ablehnung des (laut staatlicher Grundsatzerklärung gleichberechtigten) andern Glaubens äußert. In der Ablehnung des Christentums finden sich die Starrheit gewisser jüdischer Überlieferungen und die primitive Reaktion mancher Volksteile (vor allem der Neu-Immigranten aus den nordafrikanischen Ländern), die mit dem Terminus Christ die Assoziation mit früheren jüdischen Leiden in Ländern und unter Völkern, die sich christlich nennen, verbinden. Solch ein Christenproblem ist Mitte vorigen Jahres in Israel neu entstanden. Dort leben etwa 47000 Christen verschiedener Bekenntnisse, auf eine Gesamtbevölkerung von nicht ganz 2 Millionen: 18000 sind griechisch-katholisch, über 7000 römisch-katholisch («Lateiner»), 2500 maronitisch (mit Rom uniert), 14000 griechisch-orthodox, 2000 protestantisch (verschiedener Denominationen), 1000 koptisch, 700 armenisch, etwa 1800 russisch-orthodox, syrisch-jakobitisch u.a. Die Gomulka-Regierung, die mit dem Problem des Antisemitismus selbst unter den kommunistischen Bekennern nicht fertig werden konnte, gab anfangs 1957 die Auswanderung für Juden nach Israel frei – und mehr als 40000 Menschen sind im Lauf des Jahres 1957 aus Polen nach Israel gelangt. Unter diesen gab es rund 1400

Mischehepaare, hauptsächlich jüdische Männer mit katholischen Frauen, die nicht zum Judentum übergetreten waren. In einem Artikel der Tel Aviver Tageszeitung «*Jedioth Chadaschoth*» unter dem Titel «Beschämende Intoleranz» konnte man über das Schicksal einiger solcher christlicher Einwanderer lesen:

«Was mußten manche von ihnen – wir betonen: nicht alle – hier erleben? Ein polnischer Christ, der Dutzende von jüdischen Familien unentgeltlich während der Nazizeit aufgenommen und geschützt hatte, wurde eines Morgens, als er von seiner Wohnung zur Arbeit ging, mit Steinen beworfen. Einer Christin riß man das Kreuz ab. Den Sohn eines Mischehepaares wollten die Kameraden in der Schule ‚untersuchen‘, ob er auch ja beschnitten sei. Die jüdischen Verwandten eines jüdischen Mannes, der in Polen eine Christin geheiratet hatte, beschimpften die Frau regelmäßig in aller Öffentlichkeit und wollten gleichzeitig den Mann unbedingt dazu veranlassen, daß er hier eine reiche Jüdin heirate und seiner Frau den Laufpaß gebe. Bei einer christlichen Frau begannen die Leiden schon auf dem Schiff bei der Herfahrt, als sie von Mitreisenden beschimpft und beleidigt wurde. Diese Animosität tritt besonders in den Einwanderersiedlungen und -städten, in Beer Schewa, Dimona, Aschdod (wo einige polnische Frauen ihre Zimmer mit Muttergottesbildnissen geschmückt hatten) und anderswo in Erscheinung.

In den Kibbuzim (den Gemeinschaftssiedlungen verschiedener sozialistischer Richtungen) ist es anders. Dort ist man tolerant und kennt keine asoziale Aggressivität gegenüber Mitmenschen. Aber die Animosität bleibt, vor allem in primitiven Bereichen, in kleinen Orten, und sie wächst, je ungünstiger die wirtschaftlichen Bedingungen der Umgebung sind. Kürzlich trat eine Anzahl verantwortungsbewußter Lehrer zusammen, um die in manchen Schulklassen herrschende Voreingenommenheit gegen Nicht-Volljuden‘ zu erörtern. Man betonte, daß es sich bisher nur um Einzelfälle handle, doch müßten alle Vorkerhungen getroffen werden.»

Die Zeitung kommentierte diese Vorfälle u.a. mit folgenden Worten: «Nur durch ständige liebevolle Beeinflussung in Haus und Schule, an der Hochschule, in der Presse, kann ein Gefühl der Gemeinsamkeit zwischen den Bürgern, der Zusammengehörigkeit, der gegenseitigen Verantwortung und des Respektes vor der Umgebung und dem Mitmenschen geschaffen werden. Respekt vor der Auffassung und der Gefühls- und Anschauungswelt des Mitbürgers, mag dieser nun Jude, Moslem oder Christ, mag er streng orthodox oder ‚aufgeklärt‘ sein – dies scheinen uns die Grundvoraussetzungen für die Überwindung der Krise, die sich in den oben zitierten Beispielen infamer Intoleranz kundtut ...»

Die Reaktion auf antichristliche Intoleranz war nicht nur in der eben zitierten Zeitung scharf und eindeutig: eine ekrasante Mehrheit der Zeitungen wandte sich mit erfreulichem Mut gegen jede Art von Diskriminierung christlicher Menschen im Judenstaat, namentlich auch, als ein fanatischer Religiös-Nationaler im Parlament von der notwendigen «Reinheit der jüdischen Rasse» gesprochen, und als in der religiös-nationalen Zeitung «*Hatzofe*» ein Artikel mit dem Inhalt erschienen war, den katholischen Frauen den Übertritt zum Judentum «nahezulegen».

Msgr. Antonio Vergani, der Vikar des Lateinischen Patriarchen von Jerusalem für Israel, hatte in diesem Zusammenhang eine Anfrage an die Regierung gerichtet, wie es in diesem Fall mit der Religionsfreiheit aussehe und die offizielle Antwort erhalten, daß sie nicht verletzt werden solle. Bei meinem neuerlichen Aufenthalt in Israel (März 1958) nahm ich die Gelegenheit wahr, mit vielen christlichen und jüdischen Persönlichkeiten im Staat über diese Dinge zu sprechen. Msgr. Vergani unterstrich, daß bei ihm bekannten Fällen der Diskrimination katholischer Polinnen durch untergeordnete Behörden auf seine Intervention bei der Regierung hin Ordnung geschaffen worden sei. Mehr kann man nicht verlangen.

Ein anderer katholischer Priester gab der Meinung Ausdruck, die katholischen Frauen dürften sich durch allfällige Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten nicht ins Bockshorn jagen lassen: wenn man ausharre und nicht gleich die Flinte ins Korn werfe, bestehe alle Aussicht, in Israel auch als Christ gut eingegliedert zu werden und existieren zu können.

Meir Großman, Departementschef der Jewish Agency in Jerusalem, die sich mit der Einwanderung und der Integrierung der Eingewanderten befaßt, ein hervorragendes Mitglied der zionistischen Exekutive, sagte mir wörtlich: «Manche christliche Frauen aus Polen sind bessere Israelbürger geworden als ihre Männer; es sind solche, die von Haus aus mehr an die Landarbeit gewohnt sind, die die Landarbeit lieben, die sich außerhalb der kommunistischen Welt frei fühlen – und auf Grund dieses Gefühls Israel schätzen, ohne die zionistische Weltanschauung zu haben. Die jüdischen Männer dieser Frauen gliedern sich oft schwerer ein, weil sie vielleicht in der Nazizeit mehr gelitten haben und darum aufgeregter und ungeduldiger sind. Reibungen gibt es, man darf das nicht leugnen; aber solche Reibungen sind im allgemeinen nicht schlimmer als sie früher zwischen Juden aus Deutschland und aus Rußland vorgekommen sind.» In der Tat verkündete eine offizielle Meldung der «Nouvelles Juives Mondiales» nach Ostern, daß mehrere Hunderte polnischer katholischer Einwandererfrauen dieses Jahr an den Osterfeierlichkeiten in Nazareth teilgenommen haben. Daß Härtefälle vorkommen, wird nicht geleugnet:

Es gibt Familien, die nicht in Israel bleiben und weiterwandern wollen, auch rein jüdische – eine Erscheinung in jedem Einwandererland, das selbstverständlich große Voraussetzungen an die Durchhaltekraft der Neuankommenden stellt.

Abschließend wollen wir feststellen, daß man von Staats wegen in Israel um ein gutes Verhältnis zu den christlichen Kirchen und (aus weltpolitischen Rücksichten) insbesondere zur katholischen Kirche bemüht ist. Frau Golda Meir, die gegenwärtige Inhaberin des Portefeuilles des Außenministeriums, erklärte mir im Mai 1957 wörtlich: «Es wäre für Israel äußerst wichtig, mit dem Vatikan diplomatische Beziehungen zu haben. Wir sind überzeugt, seit der Staatsgründung alles getan zu haben, um in Israel den vollsten Respekt und die höchste Wertschätzung vor allen religiösen Interessen zu wahren.»

Am zehnten Jahrestag des tapferen, alt-neuen Staates, der abendländische Kultur an der Schwelle des Morgenlandes vertritt, erscheint dieser Wunsch, dessen volle Erfüllung auch eine wesentliche Stärkung des christlichen Elementes in Israel zur Folge hätte, erfreulich und beachtenswert. Dr. Franz Glaser

Bücher

SOZIAL-ARCHIV. Dokumente sozialwirtschaftlicher Betriebsgestaltung. Archiv-Verlag Hoppenstedt, Jägerstraße 23–25, Essen.

Das Sozialarchiv bringt jeden Monat drei Lieferungen zu insgesamt 100 Seiten, auf losen Blättern, ausgezeichnet disponiert und für das Archiv schön übersichtlich numeriert, Berichte über soziale Einrichtungen, Erfahrungen, Finanzierungsmöglichkeiten usw. aus der betrieblichen Praxis. Neben dem deutschen Inland kommt in ausgewählten Berichten auch das Ausland zu Wort. So bringt schon ein einziger Jahrgang eine gewaltige Menge von Erfahrungsmaterial, das Vergleiche und die Auswahl des für den betreffenden Fall besten Materials ermöglicht.

Die behandelten Fachgebiete: 1. Sozialwirtschaftliche Betriebsformen, 2. Betriebsordnung, 3. Berufsausbildung, 4. Arbeits- und Betriebspsychologie, 5. Leistungen, Löhne, Kosten, 6. Vorschlagswesen, 7. Gesundheits-

pflege, 8. Altersfürsorge, 9. Betrieb und Wohnung, 10. Sonstige Sozialrichtungen, 11. Soziale Funktionen des Betriebes im Markt und in der Öffentlichkeit, 12. Allgemeine Sozialfragen; Sozialinstitute, sozialpolitische Publizistik; Bibliographie grundsätzlicher Abhandlungen, 13. Betriebliche Sozialarbeit großer Unternehmungen in Einzeldarstellungen.

Der Preis dieses nützlichen Archivs ist freilich ziemlich hoch: für das halbe Jahr DM 149.60, für das ganze Jahr DM 249.20. Für Firmen, Bibliotheken, Gewerkschaften, kann es trotzdem eine sehr lohnende Ausgabe sein. An den Verlag ergeht die Frage, ob nicht für Private und wissenschaftliche Zwecke eine Sonderregelung getroffen werden könnte. J.Dd.

Photoapparate - Reparaturen

O. BUSCH Spezialwerkstätte für Photo-reparaturen u. Feinmechanik

Zürich 1 — Rennweg 20 — Telefon (051) 27 90 04

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10/11.

Druck: H. Börsigs Erben AG., Zürich 8.

Abonnement- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 12.—; halbjährl. Fr. 6.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxemburg: Jährl. bFr. 170.—. Bestellungen durch Administration Orientierung, Einzahlungen an Société Belge de Banque S. A., Bruxelles, C. C. P. No. 218 505 — Deutschland: Vertrieb und Anzeigen, Verlagsanstalt Benziger & Co. AG., Köln, Martinstr. 20, Postcheckk. Köln 8369. Jährl. DM 12.—; halbjährl. DM 6.—. Abbestellungen nur zulässig zum Schluss eines Kalenderjahres, spätestens ein Monat vor dessen Ablauf. — Dänemark: Jährl. Kr. 22.—. Einzahlungen an P. J. Stübli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frankreich: Jährl. fFr. 680.—. Bestellungen durch Administration Orientierung, Einzahlungen an Crédit Commercial de France, Paris, Compte Chèques Postaux 1065, mit Vermerk: Compte attente 644.270. — Italien-Vatikan: Jährl. Lire 1800.—. Einzahlungen auf c/c 1/14444 Collagio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. — Oesterreich: Auslieferung, Verewaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG., Innsbruck, Maximilianstrasse 9, Postcheckkonto Nr. 128.571 (Redaktionsmitarbeiter für Oesterreich Prof. Hugo Rahner). Jährl. Sch. 46.—. USA: Jährl. \$ 3.—.

Sobeen erschienen:

GUSTAV GERBERT

Der Pfingstfestkreis

Werkbuch der Kanzelarbeit IV

384 Seiten, kart. sFr. 17.60

Gerbert bemüht sich in den Skizzen und Anregungen dieses Bandes im besonderen um eine Vertiefung des Heilandsbildes und eine zeitgemässe Auslegung der vielen Gleichnisse Jesu. Die Darstellung selbst ist wie bisher ganz auf die Praxis ausgerichtet und bestimmt durch die priesterliche Sorge um das ewige Heil der Menschen.

Durch jede Buchhandlung

TYROLIA-VERLAG INNSBRUCK, WIEN, MÜNCHEN

für Pfarreien, Vereine und Internate:

KOMPLET

UNSER, DER KIRCHE ABENDGEBET

Sonderdruck aus dem KATH. PFARRGOTTESDIENST

lateinisch (mit deutscher Uebersetzung), Choralnoten mit den rhythmischen Zeichen, in gutem Kartonumschlag: ab 100 Expl. zu —.55, 250 zu —.52, 500 zu —.50, 1000 zu —.48.

Buchbinderei **höchlifrey** BADEN bei Zürich
Tel. 056 / 2 67 41